EU-Kommunal News der CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament

05/2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Informationsdienst EU-Kommunal möchte ich Sie regelmäßig über alle wichtigen Ereignisse und Neuigkeiten aus und über die Europäische Union informieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Informationen, die für Sie vor Ort in den Städten und Gemeinden in Deutschland unmittelbar relevant sind. Dazu gehören neue Förderprogramme genauso wie Gesetzgebungsvorhaben oder neue Informationsangebote im Internet.

Da dieser Newsletter nur einen Überblick über die vielfältigen Themen bieten kann, sind den einzelnen Nachrichten Links zu ausführlicheren Informationen im Internet beigefügt. Ich hoffe Ihnen so einen möglichst unkomplizierten Zugang zu den für Sie relevanten Neuigkeiten aus der EU bieten zu können.

Mit den besten Wünschen

Ihr Dr. Christian Ehler MdEP

1. Bodenversiegelung

Die Kommission hat neue Leitlinien zur Vermeidung von Bodenversiegelung veröffentlicht. Es werden viele aus der kommunalen Praxis bekannten Beispiele dargestellt, u.a. ein integrierter Ansatz in der Raumplanung, die Reaktivierung von Industriebrachen, die Nutzung wasserdurchlässiger Materialien anstelle von Zement oder Asphalt, der Förderung einer „grünen Infrastruktur“ und die verstärkte Nutzung von natürlichen Wasserauffangsystemen. Vorgeschlagen wird der Abbau von Subventionen, die möglicherweise die nicht-nachhaltige Nutzung von Flächen und die Bodenversiegelung fördern. Die Kompensation von Flächeninanspruchnahme sollte lediglich als letzte Möglichkeit in Erwägung gezogen werden. Die Leitlinien richten sich an die zuständigen Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie an Fachleute aus den Bereichen Landplanung und Bodenbewirtschaftung. Die Leitlinien sind für die Mitgliedstaaten unverbindlich.

In Deutschland ist nach Angaben der Bundesregierung die tägliche Zunahme der Gebäude- und Freiflächen 2010 auf 21 ha gesunken (BT Ds 17/8721). Ursächlich dafür ist die sog. Umschlüsselung in der Flächenstatistik, d.h. seit 2010 finden erstmals auch qualitative Aspekte der Flächennutzung Berücksichtigung. Die Bodennutzungsstatistik informiert jetzt differenziert über den Anstieg der Flächennutzungsarten „Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche“, „Erholungsfläche, Friedhof“ und „Verkehrsfläche“.

Die Pressemitteilung der Kommission unter
http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/361&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Die Leitlinien (Englisch 65 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/environment/soil/pdf/soil_sealing_guidelines_en.pdf

Zur sog. Umschlüsselung – Fortschrittsbericht 2012 (Seite 284) Bundestag Drucksache 17/8721 unter

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708721.pdf

2. Sportförderung Termin: 31.7.2012

Die Kommission wird künftig transnationale Projekte im Sport unterstützen. Zur Vorbereitung entsprechender EU-Maßnahmen sind jetzt öffentliche Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen aufgerufen, Netzwerke und Good Practice zu benennen, die für einen Testlauf Europäischer Partnerschaften in folgenden Bereichen des Sports infrage kommen:

- Bekämpfung von Spielabsprachen,
- Förderung der körperlichen Betätigung zur Unterstützung des aktiven Alterns,
- Sensibilisierungsmaßnahmen für wirksame Methoden der Sportförderung auf lokaler Ebene und
- grenzüberschreitende Breitensportwettkämpfe in benachbarten Regionen und Mitgliedstaaten.

Dafür stehen 3,5 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung. Die (Test-) Projekte müssen zwischen dem 1.1. und 31.3. 2013 beginnen und spätestens am 30.6.2014 enden. Anträge können bis zum 31.7.2012 bei der Generaldirektion Bildung und Kultur (Referat E3, MADO 20/73, 1049 Brüssel) eingereicht werden.

Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Amtsblatt vom 17.4.2012 unter

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:110:0004:0005:DE:PDF

Antragsformular und der Programmleitfaden unter

http://ec.europa.eu/sport/preparatory_actions/doc1009_de.htm

3. Freiwillige Feuerwehren

Führt eine neue EU-Arbeitszeitrichtlinie zum Ende der freiwilligen Feuerwehren in Deutschland?
Nein! Denn auf entsprechende Medienberichte hat die Vertretung der Kommission in Deutschland deutlich dementiert, dass ein entsprechender Prüfauftrag erteilt oder überhaupt die Frage nach einer Arbeitszeitobergrenze für ehrenamtliche Tätigkeit aufgeworfen worden sei. Die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der EU-Arbeitszeitrichtlinie auf ehrenamtliche Tätigkeiten hätte zur Folge, dass bei der Berechnung der zulässigen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche neben der hauptamtlichen Tätigkeit auch die Stunden für einen ehrenamtlichen Dienst berücksichtigt werden müssten. Einsätze und Übungen in freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdiensten, die wöchentlich oft mehr als 8 Stunden Zeit in Anspruch nehmen, wären für Vollzeit-Berufstätige dann nicht mehr möglich.

Derzeit verhandelten die Sozialpartner auf EU-Ebene über eine Änderung der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Die Arbeitszeit-Richtlinie nennt gegenwärtig nicht ausdrücklich die ehrenamtliche Tätigkeit. Dem Vernehmen ist die Anwendung der Arbeitszeitrichtlinie auf ehrenamtliche Tätigkeit derzeit auch nicht Gegenstand der Verhandlungen der Sozialpartner. Vielmehr stehen weiter die Kernfragen wie Ausnahmeregelungen von der Höchstarbeitszeit, Umgang mit Bereitschaftsdienstzeiten und Mindestruhezeiten im Mittelpunkt der Verhandlungen. Klargestellt wurde zwischenzeitlich auch, dass die Einordnung von Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren als Arbeitnehmer, für die die Arbeitszeitrichtlinie gilt, der nationalen Gesetzgebung unterliegt. Die ehrenamtlichen Feuerwehrleute gelten unter nationalem Recht in einigen Mitgliedsstaaten als Arbeitnehmer, in anderen jedoch nicht. In Deutschland werden sie nicht als Arbeitnehmer betrachtet.

Ausführliche Pressemitteilung der Vertretung der Kommission in Deutschland vom 23.4.2012 unter

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10608_de.htm

Pressemitteilung des Deutschen Feuerwehrverbandes unter

http://dfv.org/eu-arbeitszeitrichtlinie.html

4. Strukturfonds – Partnerschaftsvereinbarungen

Die Kommission hat ein Arbeitspapier mit Prinzipen für Partnerschaftsvereinbarungen vorgelegt, die ein zentraler Ansatz des „Gemeinsamen Strategischen Rahmen“ (GSR) sind. GSR soll an die Stelle der bislang voneinander getrennten strategischen Leitlinien für die einzelnen Fonds (EFRE, ESF, Kohäsions-fonds, ELER und EMFF) treten und den Mitgliedstaaten und ihren Regionen helfen, im Finanzplanungszeitraum 2014 - 2020 klare Investitionsschwerpunkte zu setzen. Partnerschaftsverträge sollen einerseits zwischen dem betreffenden Mitgliedstaat und andererseits u.a. mit seinen öffentlichen Einrichtungen geschlossen werden. Die Vereinbarungen sollen als Bindeglied zwischen dem Europäischen Rahmen und den einzelnen nationalen/regionalen Programmen der verschiedenen Fonds wirken. Das jetzt vorgelegte Arbeitspapier steckt einen möglichen Rahmen für die Auswahl der Partner ab, z.B. lokale, städtische und andere öffentliche Behörden. Es enthält Vorschläge, wie die Partner von den Mitgliedstaaten zu jedem Zeitpunkt der Ausführung der Maßnahmen in den Prozess einbezogen, also an der Vorbereitung, Umsetzung, Begleitung und Bewertung der Programme beteiligt werden. Außerdem enthält der Entwurf Vorschriften, die direkt mit dem Partnerschaftsprinzip in Beziehung stehen, wie beispielsweise die Grundsätze zu Begleitung, Berichterstattung und Bewertung. Der Entwurf soll die Debatte über den zukünftigen Inhalt des Europäischen Verhaltenskodex ermöglichen; Vorschläge von Organisationen und Einzelpersonen werden an folgende Adresse erbeten: empl-eccp@ec.europa.eu.

Ausführlich zur den Partnerschaftsvereinbarungen unter

http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=67&langId=de&newsId=7956

Einzelheiten zum GSR unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm

5. Beihilferecht - Kontrolle

Die Kommission hat am 8.Mai 2012 eine Mitteilung zur Reform der Beihilfenkontrolle vorgelegt. Durch neue Ansätze soll künftig ein gezielterer Einsatz staatlicher Förderungen ermöglicht und damit das nachhaltige Wachstum gefördert und die Qualität der öffentlichen Ausgaben verbessert werden. Das soll u.a. durch folgende Vorgaben erreicht werden:

- Es soll verhindert werden, dass Beihilfen gewährt werden, die mit keinem wirklichen Mehrwert verbunden sind.
- Der Schwerpunkt soll auf Fälle mit besonders starken Auswirkungen auf den Binnenmarkt gelegt werden.
- Umfangreiche und möglicherweise den Wettbewerb verzerrende Beihilfen sollen verstärkt geprüft werden.
- Fälle mit geringeren Auswirkungen auf den Handel sollen über die Freistellungsregelungen vereinfacht werden.

- Die Regeln und Konzepte sollen besser erläutert und die Verfahren gestrafft werden, damit die erforderlichen Beschlüsse in einem für Unternehmen annehmbaren Zeitrahmen erlassen werden können.
- Die staatliche Förderung sollte private Ausgaben bloß ergänzen, nicht ersetzen.

Die Kernelemente der Reform sollen spätestens Ende 2013 in Kraft treten.

Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/458&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Die Mitteilung vom 8.5.2012 (10 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/modernisation/sam_communication_de.pdf

6. Internet der Dinge Termin: 12.7.2012

Gegenstände des Alltags sind in steigendem Umfang über das Internet vernetzt, so z.B. der Eisschrank, der seinen Nachschub automatisch bestellt. Für diese Form der Internetnutzung steht der Sammelbegriff „Internet der Dinge“. Es geht dabei um die Internet-Verbindung über Mikrochips und RFID-Technik, die mit oder ohne menschliches Zutun Daten erfassen und austauschen können, wie z.B. Telefone, Autos, Haushaltsgeräte, Kleidungsstücke, Lebensmittel bis hin zu Informationen über den Gesundheitszustand z.B. alleinstehender Menschen an eine zentrale Hilfseinrichtung. Zu dieser Form der persönlichen Vernetzung hat die Kommission ein Konsultationsverfahren eingeleitet.

Schon 2009 hatte die Kommission in einer Mitteilung 14 Maßnahmen dargelegt, mit denen Europa befähigt werden soll, Technologien und Systeme für das „Internet der Dinge“ zu entwickeln, die zugleich mit dem Schutz von Privatsphäre und personen-bezogenen Daten zu vereinbaren sind. Nun will die Kommission Regeln für diese Vernetzung von Alltagsgeräten erarbeiten, die die volle Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials ermöglichen. Zugleich sollen aber auch durch eine gewisse Kontrolle der entsprechenden Geräte die Rechte von Privatpersonen gesichert werden, deren zum Teil sehr persönliche Daten und Verhaltensmuster ausgetauscht und gespeichert werden. Das Ergebnis der Konsultation soll in eine Empfehlung zum „Internet der Dinge“ einfließen, die im Sommer 2013 vorgelegt wird.

Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP%2F12%2F360&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Das Konsultationsdokument (Englisch) unter
http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=IoTGovernance

Mitteilung 2009 „Internet der Dinge“ unter

http://ec.europa.eu/information_society/policy/rfid/documents/commiot2009.pdf

7. Elektronische Vergabe

Bis Mitte 2016 soll die elektronische Auftragsvergabe europaweit zum Standard bei öffentlichen Vergabeverfahren werden. Nach den Vorstellungen der Kommission soll dabei wie folgt vorgegangen werden:

Zunächst soll bis Mitte 2014 die elektronische Bekanntmachung von Ausschreibungen und die elektronische Verfügbarkeit von Ausschreibungsunterlagen verbindlich vorgeschrieben werden;

Zentrale Beschaffungsbehörden sollen ebenfalls bis Mitte 2014 u.a. auf die elektronische Angebotsabgabe umstellen;

Bis Mitte 2016 soll die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel für alle öffentlichen Auftraggeber und alle Vergabeverfahren verbindlich vorgeschrieben werden.

Letztendlich wird die durchgängig elektronische Vergabe angestrebt, bei der alle Phasen des Verfahrens elektronisch abgewickelt werden, d.h. Veröffentlichung der Bekanntmachung, Zugang zu den Ausschreibungsunterlagen, Einreichung der Angebote, Bewertung der Angebote und Auftragsvergabe, Bestellung, Rechnungsstellung und Bezahlung. Die durch die e-Vergabe erzielten Effizienzgewinne und Einspareffekte werden EU-weit bei einer vollen Umstellung auf e-Vergabe auf jährlich 50 bis 75 Mrd. € geschätzt. Nach Angaben der Kommission konnten öffentliche Stellen, die die e-Vergabe bereits eingeführt haben, ihre Beschaffungsausgaben um 5 bis 20% reduzieren. Derzeit kommt die e-Vergabe erst bei lediglich 5 bis 10 % aller in der EU durchgeführten Vergabeverfahren zum Einsatz. Die Kommission selbst will bereits bis Mitte 2015 auf eine vollständige elektronische Auftragsvergabe umstellen und ihre e-Vergabe-Lösungen den Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/389&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Die Mitteilung der Kommission (13 Seiten) vom 20.4.2012 mit vielen Beispielen und Einzelheiten unter

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/docs/eprocurement/strategy/COM_2012_de.pdf

Am 26. Juni 2012 findet in Brüssel eine Konferenz über die elektronische Auftragsvergabe statt, die Gelegenheit bietet, die Umsetzungsprobleme der e-Vergabe zu erörtern. Einzelheiten dazu (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/docs/eprocurement/conferences/20120626practical_information_en.pdf

8. Intelligente Zähler

Die Einführung intelligenten Messsysteme für Strom und Gas in den Haushalten soll beschleunigt werden. Denn mit modernen Zählern (sog. Smart Meter) kann der Verbraucher in Echtzeit seinen Energieverbrauch und die Energiepreise/-tarife genau ermitteln und sein Verhalten entsprechend steuern. Nach der Strombinnenmarkt-Richtlinie sollen bis 2020 in 80 % aller Haushalte entsprechende Zähler eingebaut sein; bislang ist das aber nur in etwa 10 % der EU-Haushalte der Fall. Um den Einführungsprozess zu beschleunigen, hat die Kommission eine Empfehlung herausgegeben, die u. a. eine stufenweise Anleitung für die Mitgliedstaaten enthält, wie diese bis zum 3. September 2012 eine Kosten-Nutzen-Analyse über die Einführung von intelligenten Messsystemen durchführen sollen. Des Weiteren werden Mindestfunktionen festgelegt, die ein intelligentes Messsystem erfüllen muss. In Deutschland ist die verpflichtende Verwendung von Smart Metering bislang nur für Neubauten und im Falle größerer Renovierungsmaßnahmen vorgesehen.

Die Kommissionsempfehlung (25 Seiten) vom 9.3.2012 unter
http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/smartgrids/doc/20120309_smart_grids_recommendation_de.pdf

9. Tourismus Termin: 13.7.2012

Die Kommission arbeitet an einem europäischen Gütesiegel für den Tourismus. Der Anstoß zu dieser Initiative kommt aus dem Parlament. Dieses hatte in einer Entschließung am 27.9.2011 die Kommission aufgefordert, bis Ende 2012 u.a. ein „Europäisches Siegel für Qualitätstourismus“ zu entwickeln und zwar aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen der Mitgliedstaaten. Es wurde betont, dass eine schrittweise Zusammenführung des europäischen Gütesiegels und des Umweltzeichens für Beherbergungsbetriebe zu einem einheitlichen Zeichen wünschenswert sei, um Verwirrung unter den Verbrauchern zu vermeiden. Die derzeit zersplitterten Ansätze in den Mitgliedstaaten und Regionen der EU sollen zusammenführt werden, ohne dass dabei die Vielfalt des in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Kultur- und Naturerbes verschwindet. Über eine Onlinebefragung ermittelt die Kommission z.Zt. die Einschätzungen öffentlicher Stellen und interessierter Kreise sowie der Verbraucher zu einem „Europäischen Gütesiegel für Qualitätssysteme im Tourismusbereich“. Die Konsultation endet am 13.7.2012.

Die Konsultation unter.

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/public-consultation-etq/index_de.htm

Entschließung des Parlaments vom 27.9.2011
http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2011-0265+0+DOC+XML+V0//DE#title2

10. Körperschaftssteuer

Das Parlament ist für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage der Körperschaftssteuer. Entgegen dem Kommissionsvorschlag hat sich das Parlament dafür ausgesprochen, die Bemessungsgrundlage obligatorisch zu machen**,** d.h. alle Mitgliedstaaten sollen nach einer Übergangsperiode verpflichtet sein, bei der Frage, was besteuert wird, die gleichen Kriterien anzuwenden. Damit würden die steuerlichen Ergebnisse jedes einzelnen Unternehmens bzw. jeder Niederlassung europa-weit nach gemeinsamen Grundsätzen berechnet. Dadurch sollen grenzüberschreitende Umstrukturierungen erleichtert und die Verrechnungspreisproblematik gelöst werden. Die Aufteilung der auf die einzelnen Mitgliedstaaten entfallenden Gewinn- und Verlustanteile soll auf der Grundlage der Faktoren Vermögenswerte, Lohnsumme und Umsatz erfolgen. Der so errechnete Anteil kann dann von jedem Mitgliedstaat in uneingeschränkter Souveränität mit dem national festgelegten Steuersatz veranlagt werden. In einem ersten Schritt soll die gemeinsame Bemessungsgrundlage nur für europäische Gesellschaften und Genossenschaften gelten. Nach fünf Jahren sollen alle Unternehmen dieses System anwenden, mit Ausnahme kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die sich jedoch freiwillig anschließen können.

Das Parlament hat in Steuerfragen nur ein Anhörungsrecht, d.h. die Entscheidung liegt beim Finanz-Ministerrat, wo in Steuerfragen das Einstimmigkeitsprinzip besteht. Daher hat das Parlament für den Fall von Gegenstimmen vorgeschlagen, dass in diesem Fall jenen Mitgliedstaaten, die die gemeinsame Bemessungsgrundlage einzuführen wünschen, den Weg der "verstärkten Zusammenarbeit" einschlagen. Die Bundesregierung beurteilt den Entwurf einer EU-Körperschaftssteuer-Richtlinie skeptisch. Ausschlaggebend ist dabei die Befürchtung, dass die vorgelegte europa-einheitliche Bemessungsgrundlage zu dauerhaften, erheblichen Mindereinnahmen in Deutschland führen könnte.

Nach einer Presseinformation des DIHT ist auf dem deutsch-französischen Ministerrat am 6. Februar 2012 in Paris die Angleichung der körperschaftsteuerlichen Regeln zwischen beiden Ländern beschlossen worden. Betroffen wären z. B. Organschaft, Verlustabzug, Abschreibungen, Personengesellschaften, Dividenden und auch die Steuersätze. Geplant ist, die Vorschläge nach eingehender Diskussion mit Betroffenen ab 2013 schrittweise umzusetzen. Diese Vereinbarung könnte, so der DIHT, den Verhandlungen um eine Harmonisierung der körperschaftsteuerlichen Bemessungs-grundlage in der gesamten EU wichtige Impulse geben.

Pressemitteilung des Parlaments vom 19.4.2012 unter

http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120418IPR43390/html/K%C3%B6rperschaftssteuer-Parlament-pl%C3%A4diert-f%C3%BCr-gemeinsame-Bemessungsgrundlage

Entschließung des Parlaments vom 19.4.2012 unter

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0135+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

Der Richtlinienvorschlag der Kommission (92 Seiten) über eine Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage unter

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/company_tax/common_tax_base/com_2011_121_de.pdf

Stellungnahme der Bundesregierung vom 5.5.2011 (BT Ds 17/5748) unter

http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/057/1705748.pdf

11. Geldwäsche

Die Kommission bereitet die Fortschreibung der Richtlinie gegen Geldwäsche vor. Ohne wirksame Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung würde die Stabilität des Finanzsystems ernsthaft bedroht werden. Daher gibt es seit den Anschlägen vom 11. September 2001 internationale Standards, die von 180 Ländern vereinbart worden sind. Diese Vorschriften verpflichten u.a. Banken, Anwälte, Rechnungsprüfer und Kasinos die Identität ihrer Kunden festhalten und verdächtige Zahlungen den Behörden melden. Da die Kriminellen bei der Nutzung von Gesetzeslücken sehr kreativ sind, soll mit der anstehenden (4.) Fortschreibung der Geltungsbereich der Richtlinie gegen Geldwäsche erweitert werden. U.a. sollen,

- bei elektronischen Überweisungen detailliertere Angaben über Eigentümer und Leitung von Unternehmen oder Stiftungen verlangt werden;
- die Banken verpflichtet werden, angemessene Kontrollen und Verfahren ein-zuführen, um feststellen zu können, wer die Kunden sind, mit denen sie Geschäfte machen und welcher Art die Geschäfte dieser Kunden sind;
- alle Arten von Glücksspiel von den bestehenden Kontrollen erfasst und insgesamt der Glücksspielbereich wesentlich strenger kontrolliert werden.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/357&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Ein Kommissionsbericht weitere Informationen, auch zu einer Konsultation, unter

http://ec.europa.eu/internal_market/company/financial-crime/index_de.htm

12. Generation Binnenmarkt

Die Kommission hat einen Kreativitätswettbewerb für im Jahr 1992 geborene Jugendliche ausgeschrieben. Aus Anlass des 20. Jubiläums des EU Binnenmarktes sollen die Ansichten, Erfahrungen Meinungen, Kritiken, Verbesserungsvorschläge und Erwartungen ermittelt werden, die Jugendliche heute mit dem Binnenmarkt verbinden. Der Wettbewerbsbeitrag soll ein Artikel, Video, Fotos, Comic oder eine Smartphone-App sein. Es können bis zu zwei Beiträge mit unterschiedlichem Format eingereicht werden. Von April bis September werden monatlich interessante Preise verlost.

Die 20 Erstplatzierten können im Rahmen der Woche des Europäischen Binnenmarkts am 15. Oktober ihre prämierten Beiträge vorstellen.

Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/358&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Weitere Einzelheiten zum Wettbewerb unter

http://www.generation1992.eu/de/participation/rules

und

http://ec.europa.eu/internal_market/20years/index_de.htm 9

13. Flugreisende

Das Parlament hat eine Klarstellung und Stärkung der Rechte der Fluggäste gefordert, da Reisende oft nicht um ihre Rechte wissen, es zudem am Zugang zu Beschwerdeverfahren mangelt und es keine EU-einheitliche Auslegung und Durchsetzung der Fluggastrechte gibt. Festsitzenden Passagieren sollen künftig von den Fluggesellschaften klare Informationen durch geschulte Kontaktpersonen erhalten, die auch in der Lage sind, vor Ort Entscheidungen in Bezug auf Hilfsleistungen und Umbuchungen zu treffen. Von der Kommission soll ein Standardformular für Beschwerden in allen EU-Sprachen entwickelt werden, das den Passagieren im Fall einer Reiseunterbrechung ausgehändigt wird. Wenn eine Fluglinie ausfällt, z.B. bei Insolvenz, sollen die Passagiere zudem kostenlos in ihr Heimatland befördert werden. Die Abgeordneten fordern weiterhin, die Handgepäcksbestimmungen zu vereinheitlichen und irreführende Preisangaben, Extragebühren bei Online-Buchungen und einseitig vorgenommene Umbuchungen ein Ende zu setzen. Jedes Flugzeug soll über sichere Kindersitze verfügen und Gebührenermäßigungen auch für Kinder über zwei Jahre eingeführt werden. Schließlich sollen Passagiere ihr Ticket innerhalb von zwei Stunden nach der Buchung kostenfrei stornieren oder umbuchen können.

Entschließung des Parlaments vom 29.3.2012 zu Fluggastrechten unter

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0099&language=DE&ring=A7-2012-0053

Pressemitteilung des Parlaments vom 29.3.2012 unter

http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120329IPR42138/html/Die-Abgeordneten-fordern-klare-und-eindeutige-Rechte-f%C3%BCr-Flugg%C3%A4ste

14. Praktika

Von den Möglichkeiten internationaler Praktika soll stärker Gebrauch gemacht werden. Diesem Ziel dient die Kommissionsinitiative „We Mean Business“, durch die Unternehmen dazu animiert werden sollen, mehr Praktikumsplätze zu schaffen. Studien zufolge wissen nur wenige Unternehmen um die Möglichkeit, eine Praktikantin oder einen Praktikanten im Rahmen eines EU-Programms aufzunehmen. Daher wurde jetzt eine Website eingerichtet, die weiterführende Informationen enthält, wie ein Praktikumsplatz in einem europäischen Land gefunden werden kann. In den Mitgliedstaaten werden dazu Informationsveranstaltungen u.a. an Handelskammern durchgeführt, die den Nutzen von Praktika für Unternehmen aufzeigen sollen. Im Jahr 2012 können mindestens 130 000 und im Jahr 2013 mindestens 150 000 junge Menschen Unterstützung für ein Auslandspraktikum erhalten.

Weitere Presseinformation der Kommission unter
http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/379&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Die Website „We mean business“ (Englisch) unter

http://we-mean-business.europa.eu/de

15. Schulabbrecher

Die Quote der Schulabbrecher soll in der EU auf weniger als 10% (2009: 14.4%) gesenkt werden. In einer Entschließung vom 1.12.2011 hat das Parlament die Mitgliedstaaten aufgefordert, Reformen ihrer jeweiligen Schul- und Erziehungssysteme in Angriff zu nehmen, die speziell auf Schüler aus sozial benachteiligten Familien und auf Kinder aus Migranten und Romafamilien abzielen. Dabei werden als zentrale Faktoren für den Schulerfolg u.a. benannt die Verbesserung der Bildungssysteme und des Unterrichts, die frühzeitigere Identifikation und gezielte Förderung von Schulabbruchgefährdeten sowie die Unterstützung der Familien. Anfang März 2012 fand in Brüssel eine Konferenz zum Thema „Verringerung des Schulabbruchs: effiziente und effektive Politikansätze in Europa“ statt, auf der dieses Thema mit 300 Fachleuten aus Praxis, Forschung und Politik erörtert worden ist. Die Beiträge dieser Konferenz sind jetzt im Internet veröffentlicht worden.

Entschließung des Parlaments vom 1.12.2011 zum Schulabbruch unter

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0531+0+DOC+XML+V0//DE

Materialien zur Konferenz „Schulabbrecher“ am 1./2.3.2012 in Brüssel unter

http://ec.europa.eu/education/school-education/confesl_en.htm

16. Internet für Kinder

Für Kinder soll das Internet sicherer und inhaltlich besser werden. Das ist das Ziel einer von der Kommission vorgestellten neuen Internet-Strategie. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, Mobilfunkbetreibern, Geräteherstellern und Anbietern sozialer Netze sollen für die „Kinder der digitalen Welt“ Werkzeuge geschaffen werden, die Wissens- und Bildungsangebote im Netz fördern, die Medienkompetenz bei Kindern ausbauen und sie vor Gefahren schützt. Helfen sollen dabei insbesondere die Schulen, indem sie stärker sensibilisieren und Online-Sicherheit unterrichten. Das Strategiepapier enthält u.a. Maßnahmen, die notwendig sind, um

- die europäischen Unternehmen zur Entwicklung hochwertiger Inhalte für Kin-der anzuhalten;
- ein sicheres Online-Umfeld für Kinder zu schaffen;
- Kindern die Gefahren zu verdeutlichen, denen sie online ausgesetzt sein können, ihnen Schutzinstrumente und -strategien an die Hand zu geben und sie zu kritischem Denken und zur Entfaltung von digitalen Fähigkeiten anzuregen;
- sexuellen Missbrauch und sexuelle Ausbeutung von Kindern zu bekämpfen.

Mit der EU-weiten Strategie sollen Maßnahmen, die derzeit auf nationaler und euro-päischer vorhanden sind bzw. erarbeitet werden, zusammengeführt und grundlegen-de Anforderungen vorgegeben werden.

Pressemitteilung der Kommission unter
http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/445&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Kommissions-Mitteilung (21 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/docs/bik/de_comm.pdf

Kurzinfo zu EU-Strategie unter

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/docs/bik/de.pdf

17. Hochgeschwindigkeits-Internet Termin: 20.7.2012

Die Kosten für die Einrichtung neuer Netze für das Hochgeschwindigkeits-Internet sollen gesenkt werden. Im Rahmen einer öffentlichen Konsultation will die Kommission insbesondere ermitteln, wie die Kosten der Tiefbauarbeiten (z. B. Straßenbauarbeiten zur Verlegung von Glasfaserkabeln) reduziert werden können. Bis zu 80 % der Gesamtinvestitionen für Breitbandnetze hängen mit Bauarbeiten zusammen. Die Höhe dieser Kosten ist nach Ansicht der Kommission auf den Koordinierungsmangel bei Bauvorhaben, eine unzureichende Wiederverwendung bestehender Infrastrukturen und die fehlende Zusammenarbeit der Beteiligten zurückzuführen. Hier vermutet die Kommission Einsparungsmöglichkeiten von bis zu 25%. Die Kommission bittet um Beiträge zu

- Investitionshindernissen im Breitbandinfrastrukturbereich,

- Möglichkeiten einer besseren Nutzung bestehender Infrastrukturen,
- der Frage der Koordinierung von Bauarbeiten und
- Maßnahmen zur besseren Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden und zur Vereinfachung der Genehmigungsverfahren.

Es ist Ziel der Digitalen Agenda bis 2013 die flächendeckende Breitbandversorgung aller Europäer und bis 2020 eine Internetgeschwindigkeit von mindestens 30 Mbit/s für alle zu erreichen, wobei mindestens 50 % der europäischen Haushalte über An-schlüsse mit mehr als 100 Mbit/s verfügen sollen. Jetzt sind u. a. Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen, Investoren, Behörden und Verbraucher aufgefordert, bis zum 20. Juli 2012 Einsparvorschläge zu unterbreiten.

Pressemitteilung unter

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/434&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Das Konsultationsdokument (Englisch) mit 23 Fragestellungen unter:
http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/library/public_consult/cost_reduction_hsi/index_en.htm

18. EU-Statistiken

Die Statistiken der EU sollen zuverlässiger werden. Da die Statistiken auf EU-Ebene auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Daten erstellt werden, sind falsche nationale Statistiken eine Gefahr, weil aufgrund falscher Angaben ein rechtzeitiges Gegensteuern der EU unmöglich ist. Parlament und Kommission stimmen daher überein, dass künftig verhindert werden muss, dass einzelne Staaten mit falschen Zahlen, z.B. über ihre Defizite, die gesamte EU schädigen. Ein einschlägiger Vorschlag der Kommission sieht daher die völlige Unabhängigkeit der nationalen Ämter für Statistik vor, insbesondere auch der Unabhängigkeit ihrer Leiter. Die Leiter dieser Behörden sollen ausschließlich auf der Grundlage berufsfachlicher Kriterien (d. h. ohne jeden politischen Hintergrund) in einem völlig transparenten Verfahren ernannt werden und eigenständig handeln können. Sie müssen insbesondere in ihren Entscheidungen über die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung von Statistiken und in Fragen der Verwaltung ihrer Behörde unabhängig sein. Schließlich sollen die Mitgliedstaaten künftig „Verpflichtungen für zuverlässige Statistiken“ unterzeichnen, die von der Kommission gegengezeichnet und überwacht werden. Der neue Rechtsrahmen liegt nun dem Parlament zur Beratung vor.

Entschließung des Parlaments vom 13. 3 2012 über ein Qualitätsmanagement für die europäischen Statistiken unter

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0073&language=DE&ring=A7-2012-0037

Pressemitteilung der Kommission vom 17.4.2012 unter
http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/375&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Mitteilung der Kommission (12 Seiten) vom 15.4.2012 unter

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0211:FIN:DE:PDF

Verordnungsvorschlag vom 17.4.2012 unter

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2012/com2012_0167de01.pdf

19. Arbeitskosten 2011

Eine Arbeitsstunde kostet in Deutschland und Österreich mehr als im EU-Durchschnitt. Nach einer Veröffentlichung von Eurostat kostete eine Arbeitsstunde einschließlich der Lohnnebenkosten in der gewerblichen Wirtschaft 2011 in Deutsch-land 30,10 Euro und in Österreich 29,20 Euro, im EU-Durchschnitt dagegen 23,10 Euro. Höher als in Deutschland (Platz 7) und Österreich (Platz 8) waren die Stundenkosten in Belgien (39,30), Schweden (39,10), Dänemark (38,60), Frankreich (34,20), Luxemburg (33,70), und Niederlande 31,10).

Arbeitskosten setzten sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern, sowie der Lohnnebenkosten, z.B. der Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die von Eurostat ermittelten Werte beziehen sich auf Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten und basieren auf der Arbeitskostenerhebung 2008 und dem Arbeitskostenindex.

Pressemitteilung von Eurostat mit weitere Informationen unter

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-24042012-AP/DE/3-24042012-AP-DE.PDF

Zusätzliche Informationen (Englisch) unter

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Labour_cost_index_-_recent_trends

20 Haushaltshilfen Termin: 15.7.2012

Dienstleistungen in privaten Haushalten sind Gegenstand einer öffentlichen Konsultation. Die Kommission will die Schaffung von Arbeitsplätzen im häuslichen Umfeld fördern, u.a. Kinderbetreuung, Langzeitpflege von älteren Menschen, Putzen, Nachhilfeunterricht, Reparaturen am Haus und Gartenarbeit. In einer zur Konsultation veröffentlichten Diskussionsgrundlage wird darauf hingewiesen, dass der Bedarf an diesen Dienstleistungen aufgrund des Alterns der Bevölkerung und der Notwendigkeit einer vermehrten Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt steigt. Es geht aber auch darum, diesen Bereich aus der Schattenwirtschaft in die formale Wirtschaft zu

überführen, wofür nationale Lösungen vorgestellt werden. Stellungnahmen möglich bis zum 15.7. empl-household-services@ec.europa.eu

Die Diskussionsgrundlage vom 18.4.2012 „Nutzung des Potenzials von personen-bezogenen Dienstleistungen und Dienstleistungen im Haushalt“ (18 Seiten) unter

http://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/08/00/EU_80077/imfname_10027443.pdf

Einzelheiten zur Konsultation unter

http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=333&langId=de&consultId=11&visib=0&furtherConsult=yes

Fragebogen unter

http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=householdservices&lang=de

21. Klimadaten

Die Klimadaten von weltweit 5.113 Wetterstationen sind jetzt im Internet abruf-bar. Die z.T bis ins 18. Jahrhundert zurückreichenden Aufzeichnungen wurden von der britischen University of East Anglia veröffentlicht. Damit soll dem Verdacht begegnet werden, die für die Klimadiskussion zentralen Aufzeichnungen der Wetterstationen seien zugunsten bestimmter Meinungen manipuliert worden. Hintergrund sind die an Heftigkeit zunehmende Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Klimaerwärmung durch den Mensch beeinflusst ist, was von den sog. Klimaskeptikern bezweifelt wird. Ob die von allen an der Klimadiskussion Beteiligten erhobene Forderung, alle Rohdaten der Klimaforschung öffentlich zugänglich zu machen, auch zu einer Versachlichung des Meinungsstreits führen wird, bleibt abzuwarten.

Weitere Einzelheiten unter

http://science.orf.at/stories/1685920

22. Diesel Das Europäische Parlament ist gegen die Streichung der Steuervorteile für Dieselkraftstoff.

Nach den Vorstellungen der EU-Kommission soll künftig die Energiebesteuerung in Abhängigkeit von den CO2-Emissionen und des Energiegehalts erfolgen. Bei einer entsprechenden Änderung der Energiesteuerrichtlinie wären die in den meisten EU-Ländern geltenden Steuervorteile für Dieselkraftstoff gegenüber Benzin unzulässig, weil Diesel einen höheren Energieinhalt und einen höheren CO2-Ausstoß als Benzin hat. In Deutschland würde dann der Dieselpreis pro Liter je nach Schätzung um 21 bis 31 Cent steigen. Das Parlament hat den Kommissionsvorschlag abgelehnt, weil es keinen Sinn macht, einen Kraftstoff höher zu besteuern, der im Emissionsverhalten besser ist als der Ottokraftstoff. Auch wurde darauf hingewiesen, dass Europa die Technologieführerschaft beim Bau der fortschrittlichsten und umweltfreundlichsten Dieselmotoren hat. Einige EU-Staaten, darunter

Deutschland, haben bereits angekündigt, dass sie diese Kommissionsinitiative ab-lehnen werden. Da bei Entscheidungen über Steuerfragen im Finanz-Ministerrat das Einstimmigkeitsprinzip gilt, hat der Kommissionsvorschlag derzeit keine Aussicht auf Realisierung.

Der Kommissionsvorschlag (48 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/com_2011_169_de.pdf

Der Parlamentsbericht (123 Seiten) unter

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2012-0052+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE

Die Entschließung des Parlaments vom 19.4.2012 unter

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0136+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

23. Schiffssicherheit

Zur Sicherheit von Passagierschiffen sollen noch vor Ende 2012 erste Vorschläge unterbreitet werden. Veranlasst durch den Unfall der Costa Concordia Anfang 2012 verfolgt die Kommission folgendes Konzept zur Verbesserung der Sicherheit von Passagierschiffen:

- Förderung freiwilliger Maßnahmen der Industrie -Routenplanung, Zugangs-kontrolle für die Brücke und Zugang zu Rettungswesten an Bord.
- Strenge Kontrolle der Sicherheitsvorschriften durch die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), zum Beispiel die Registrierung der Fahrgäste an Bord.
- Bis Ende 2012 Vorlage von Legislativvorschläge für Sicherheitsvorschriften für Fahrgastschiffe im Binnenverkehr, mit denen die bestehenden EU-Vorschriften auf weitere Fahrgastschiffe aus Stahl ausgedehnt werden, z. B. auf kleinere Fahrgastschiffe und Schiffe aus anderen Materialien als Stahl, Segelschiffe, historische Schiffe.
- Vorlage eines Vorschlags zur Aktualisierung der EU-Vorschriften für die Stabilität von Schiffen, auf die Straßen- oder Eisenbahnfahrzeuge unmittelbar an und von Bord fahren können (Ro-Ro-Fahrgastfährschiffe), insbesondere im Hinblick auf eine höhere Stabilität nach Beschädigung.

Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/391&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Darüber hinaus hat die Kommission eine Konsultation (Englisch) zur möglichen Überarbeitung der Richtlinie 2009/45/EG über die Sicherheit von großen Fahrgastschiffen eingeleitet, die bis zum 05.07.2012 läuft.

http://ec.europa.eu/transport/maritime/consultations/2012-07-05-passenger-ship-safety_en.htm

24. Profi-Fußball

Die EU-Kommission hat mit Fußballverbänden Mindeststandards für Profi-Spielerverträge vereinbart. Danach müssen die Verträge schriftlich festgelegt werden und Regeln zu Rechten und Pflichten des Klubs und des Spielers, Angaben zum Gehalt, Krankenversicherung und Sozialversicherung enthalten. Diese sozialen Mindeststandards sind insbesondere für junge Spieler von Bedeutung. Unterschrieben haben die Vereinbarung u.a. die UEFA, die Spielergewerkschaft FIFpro, die Klub-Vereinigung ECA und die Vereinigung der europäischen Fußball-Ligen EPFL.

Weitere Infos (Englisch) unter.
http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/267&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en

25. Euro-Schuldenkrise

Der DIHK hat einen Glossar zur Euro-Schuldenkrise veröffentlicht. Unter dem Titel „Schulden, Schirme, Sixpack – Das Wichtigste in Kürze zur Euroschuldenkrise von A-Z“ werden die wichtigsten Begriffe zur Finanzmarkt- und Schuldenkrise in Europa erklärt. Das Glossar kann angefordert werden bei Susanne Schraff, E-Mail: schraff.susanne@dihk.de